

Rüsselsheim, den 29.03.2018

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom Donnerstag, den 22.03.2018 um 18:00 Uhr

"A"

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung werden keine Einwände erhoben. Sie wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Antrag zur Verweisung: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Antrag Nr. 24 Aktionsplan Schultoiletten

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig, den vorliegenden Antrag Nr. 24 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Aktionsplan Schultoiletten – an den Magistrat und die zuständigen Fachausschüsse zur weiteren Bearbeitung zu verweisen.

TOP 3 Haushaltssatzung 2018 einschl. Fortschreibung DS-Nr. 276/16-21 u. DS 276a/16-21

Es werden die nachfolgend aufgeführten Anträge zum Entwurf der Haushaltssatzung 2018 in der Reihenfolge dieser Niederschrift aufgerufen und einzeln abgestimmt.

Antrag Nr. 2 der Fraktion WsR (neu) vom 13.03.2018

Pos. 13 – Reduzierung Sach- und Dienstleistungen

"Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden für das Haushaltsjahr auf maximal 33 Millionen Euro gedeckelt.

Der Haushaltsplan wird vom Magistrat bis zur Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung dahingehend überarbeitet."

Beschluss:

Der Antrag wird mit 22 Nein-Stimmen bei 8 Ja-Stimmen und 13 Stimm-Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Nr. 5 der Fraktion WsR vom 19.02.2018 SK 6869000 – Reduzierung Aufwendungen für Repräsentationen

"Der Ansatz wird von 33.850,- Euro auf 10.000,- Euro reduziert. Haushaltsplanentwurf 2018: 33.850,- Euro

Ansatz neu: 10.000,- Euro Ersparnis: 23.850,- Euro

Beschluss:

Der Antrag wird mit 22 Nein-Stimmen bei 8 Ja-Stimmen und 13 Stimm-Enthaltungen

abgelehnt.

Antrag Nr. 9 der Fraktion WsR vom 19.02.2018

<u>Produkt 010102400 – Presse- und Medienarbeit, Reduzierung der Aufwendungen</u>

"Der Ansatz wird von 402.920, - Euro auf 300.000, - Euro reduziert.

Haushaltsplanentwurf 2018: 402.920,- Euro 300.000,- Euro Ersparnis: 102.920,- Euro

Beschluss:

Der Antrag wird mit 22 Nein-Stimmen bei 9 Ja-Stimmen und 13 Stimm-Enthaltungen

abgelehnt.

Antrag Nr. 10 der Fraktion WsR vom 19.02.2018

Produkt 010102450 - Stadtmarketing, Reduzierung der Aufwendungen

"Der Ansatz wird auf 450.000,- Euro reduziert. Haushaltsplanentwurf 2018: 550.900,- Euro Ansatz neu: 450.000,- Euro Ersparnis: 100.900,- Euro"

Beschluss:

Der Antrag wird mit 22 Nein-Stimmen bei 8 Ja-Stimmen und 14 Stimm-Enthaltungen

abgelehnt.

Antrag Nr. 11 der Fraktion WsR vom 19.02.2018

Produkt 010102520, SK 6994132 - Aktionsplan Europäische Charta für

Gleichstellung, Streichung des Haushaltsansatzes

"Der Ansatz wird gestrichen.

Haushaltsplanentwurf 2018: 41.000,- Euro Ansatz neu: 0,- Euro Ersparnis: 41.000,- Euro

Beschluss:

Der Antrag wird mit 24 Nein-Stimmen bei 6 Ja-Stimmen und 14 Stimm-Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Nr. 25 der Fraktion WsR vom 19.02.2018

Produkt 120163000, SK 6774700 – Beratungskosten Straßenbeitragssatzung,

Streichung des Haushaltsansatzes

"Der Ansatz wird gestrichen.

Haushaltsplanentwurf 2018: 166.000,- Euro
Ansatz neu: 0,- Euro
Ersparnis: 166.000,- Euro

Beschluss:

Der Antrag wird mit 22 Nein-Stimmen bei 7 Ja-Stimmen und 13 Stimm-Enthaltungen

abgelehnt.

Antrag Nr. 50 der Fraktion WsR vom 19.02.2018

<u>Stellenplan, Produkt 010102050 – Verwaltungsorganisation, Reduzierung</u> Stellenplan

"Die beantragte Stelle entfällt."

Beschluss:

Der Antrag wird mit 23 Nein-Stimmen bei 7 Ja-Stimmen und 13 Stimm-Enthaltungen **abgelehnt.**

Antrag Nr. 52 der Fraktion WsR vom 19.02.2018

Stellenplan, Produkt 020105200 - Wahlen, Reduzierung Stellenplan

"Die zwei neu beantragten Stellen entfallen."

Beschluss:

Der Antrag wird mit 22 Nein-Stimmen bei 7 Ja-Stimmen und 15 Stimm-Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Nr. 53 der Fraktion WsR vom 19.02.2018

<u>Stellenplan, Produkt 020202600 – Stadtbüros/Meldewesen, Reduzierung Stellenplan</u>

"Vier der zusätzlich beantragten 6,5 Stellen entfallen."

Beschluss:

Der Antrag wird mit 24 Nein-Stimmen bei 6 Ja-Stimmen und 14 Stimm-Enthaltungen **abgelehnt.**

Antrag Nr. 56 der Fraktion WsR vom 19.02.2018

Stellenplan, Produkt 030020000 - Schulverwaltung, Reduzierung Stellenplan

"Die zusätzliche Stelle entfällt."

Beschluss:

Der Antrag wird mit 23 Nein-Stimmen bei 7 Ja-Stimmen und 14 Stimm-Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Nr. 57 der Fraktion WsR vom 19.02.2018

<u>Stellenplan, Produkt 030729310 – Verwaltung Betreuungsschule, Reduzierung</u> Stellenplan

"Die halbe zusätzliche Stelle entfällt."

Beschluss:

Der Antrag wird mit 24 Nein-Stimmen bei 6 Ja-Stimmen und 14 Stimm-Enthaltungen **abgelehnt.**

Antrag Nr. 51 (neu) der Fraktion WsR vom 13.03.2018

Stellenplan, Produkt 010160050 - Gebäudewirtschaft, Reduzierung Stellenplan

"Die Personalaufwendungen für 2018 werden von 2.402.100,- Euro auf 2.282.100,- Euro gekürzt. Hierfür entfällt der ursprüngliche Antrag, den Stellenplan statt um drei Stellen nur um eine zu erweitern."

Beschluss:

Der Antrag wird mit 24 Nein-Stimmen bei 6 Ja-Stimmen und 14 Stimm-Enthaltungen **abgelehnt.**

Im Anschluss erfolgen die Haushaltsreden der Fraktionen in der aufgeführten Reihenfolge.

Herr Stadtv. Weber - Fraktion CDU Frau Stadtv. Boukayeo - Fraktion SPD

Frau Stadtv. Schmitz-Henkes - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Stadtv. Krug - Fraktion Die Linke/Liste Solidarität

Herr Stadtv. Walczuch - Fraktion WsR Herr Stadtv. Sert - Fraktion FDP Herr Stadty, Prof. Dr. Flörsheimer - fraktionslos.

Beschluss zu den DS 276/16-21 und 276a/16-21:

Auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses fasst die Stadtverordnetenversammlung **mit 38 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen** folgenden Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2018 einschließlich der Fortschreibung zum Haushaltsplan 2018 wird mit den in der Anlage 1 dargestellten Änderungen beschlossen und erhält damit die in der Anlage 2 genannte Fassung.

Die in der Anlage 1 als "verwiesen" bezeichneten Anträge werden beschlossen und dem Magistrat zur Bearbeitung zugeleitet.

Protokollnotiz:

Die Antworten von Herrn Stadtrat Kraft bezüglich der im Rahmen der Haushaltsberatungen aufgeworfenen Fragen hinsichtlich der zusätzlichen Stellen im Bereich der Gebäudewirtschaft und des Brandschutzes sind dem Protokoll in der Anlage beigefügt.

TOP 4 Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den Zeitraum 2017 - 2021 DS-Nr. 277/16-21

Auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den Zeitraum 2017 – 2021 – DS 277/16-21 – **mit 24 Ja-Stimmen bei 7 Nein-Stimmen und 13 Stimm-Enthaltungen.**

TEIL I

TOP 5 Finanzbericht 2017 DS-Nr. 296/16-21

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Finanzbericht 2017 zur Kenntnis.
- 2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt ebenfalls zur Kenntnis, dass die Vorgaben des Kommunalen Schutzschirms um 5,7 Mio. € unterschritten werden.
- TOP 6 Erziehungshilfekompass 2016 Jahresbericht über die Einzelfallhilfen nach dem Sozialgesetzbuch VIII Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen und Hilfen für junge Volljährige DS-Nr. 299/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Erziehungshilfekompass 2016 – Jahresbericht über die Einzelfallhilfen nach dem Sozialgesetzbuch VIII – Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen und Hilfen für junge Volljährige – zur Kenntnis.

TOP 7 Bericht zum aktuellen Stand der Umsetzung von Maßnahmen aus dem integrierten Klimaschutzkonzept DS-Nr. 303/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zum aktuellen Stand der Umsetzung von Maßnahmen aus dem integrierten Klimaschutzkonzept – DS 303/16-21 – zur Kenntnis.

TOP 8 Jahresbericht Bereich Marketing für die Jahre 2016 und 2017 Bezug: Beschluss der StV vom 26.11.2015 (DS 548/11-16); jährlicher Tätigkeitsbericht des Stadtmarketings DS-Nr. 304/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Jahresbericht Bereich Marketing für die Jahre 2016 und 2017 – DS 304/16-21 – Bezug: Beschluss der StV vom 26.11.2015 (DS 548/11-16); jährlicher Tätigkeitsbericht des Stadtmarketings – zur Kenntnis.

TOP 9 Jahresabschluss 2012 DS-Nr. 295/16-21

Zur DS 295/16-21 – Jahresabschluss 2012 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.3. einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 10 Antrag Budget Diakonisches Werk Rüsselsheim Bezug: Antrag Nr. 13 der SPD Fraktion vom 27.04.2017 DS-Nr. 300/16-21

Zur DS 300/16-21 – Antrag Budget Diakonisches Werk Rüsselsheim; Bezug: Antrag Nr. 13 der SPD-Fraktion vom 27.04.2017 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.3. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.2. einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

TOP 11 Kulturförderung: Verfahrensregelung zur Bewilligung von Mitteln zur Projektförderung DS-Nr. 301/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 301/16-21 – Kulturförderung: Verfahrensregelung zur Bewilligung von Mitteln zur Projektförderung – einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 12 Sozialer Zaun Rüsselsheim am Main

Bezug: Antrag Nr. 14 der CDU Fraktion vom 13.03.2017

DS-Nr. 305/16-21

Zur DS 305/16-21 – Sozialer Zaun Rüsselsheim am Main; Bezug: Antrag Nr. 14 der CDU-Fraktion vom 13.03.2017 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. und B.2. einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

TOP 13 Zuschuss zu Brandschutz- und Elektroarbeiten zur Bestandssicherung der Kindertagesstätte St. Christophorus DS-Nr. 306/16-21

Zur DS 306/16-21 – Zuschuss zu Brandschutz- und Elektroarbeiten zur Bestandssicherung der Kindertagesstätte St. Christophorus – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.7. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.2. einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

TOP 14 Nachrücker der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität in der Betriebskommission des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim DS-Nr. 307/16-21

Auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Kultur-, Schul- und Sportausschusses sowie des Haupt- und Finanzausschusses fasst die Stadtverordnetenversammlung einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt Herrn Stadtverordneten Karl-Heinz Schneckenberger zum stellvertretenden Mitglied der Betriebskommission des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim.

Die Stadtverordnetenversammlung benennt Frau Stadtverordnete Stefanie Kropp zum Mitglied der Betriebskommission des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim.

TOP 15 Nachrücker in der Schulkommission Bezug: DS 61/16-21 – Bildung der Schulkommission DS-Nr. 308/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 308/16-21 – Nachrücker in der Schulkommission; Bezug: DS 61/16-21 – Bildung der Schulkommission – einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TEIL II

TOP 16 Grundsatzentscheidung über die Teilnahme der Stadt Rüsselsheim am Main an der "Hessenkasse" auf der Grundlage des Gesetzesentwurfes zur Sicherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit der hessischen Kommunen bei liquiditätswirksamen Vorgängen und zur Förderung von Investitionen (HessenkassenG)
DS-Nr. 315/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig bei 5 Stimm-Enthaltungen folgenden Beschluss:

I. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis dass:

- die im Geschäftsgang befindliche gleichlautende Vorlage DS Nr. 312/16-21 aufgrund der aktuellen Ergebnisse aus den Gesprächen mit dem Finanzministerium überarbeitet und durch die nachfolgenden Kenntnisnahmen bzw. Beschlussfassungen ersetzt wird.
- der Antrag auf Teilnahme an der "Hessenkasse" gemäß Gesetzesentwurf bis zum 30.04.2018 beim Ministerium für Finanzen zu stellen ist (Ausschlussfrist).
- nach dem abschließenden Gespräch mit dem Finanzministerium am 6.3.2018 eine maximale Ablösesumme von 195,1 Mio. € in Aussicht gestellt wurde.
- der zu zahlende Tilgungsbeitrag von 25 € pro EW für die Jahre 2019 bis 2022 ausgesetzt wird und spätestens am Ende der planmäßigen Tilgungszeit nach 30 Jahren zusätzlich zu leisten ist.
- die liquiditätswirksamen Defizite vom 1.7.2018 bis 31.12.2022 sowie die ordentlichen Tilgungsleistungen im gleichen Zeitraum über Kassenkredite finanziert werden dürfen.
- die Nichteinhaltung des Beschlusspunktes 1 eine Erhöhung der Tilgungsbeiträge auf bis zu 50 € pro EW zur Folge hat.

II. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

- 1. das Angebot des Landes zur Kassenkreditentschuldung nach dem Ersten Teil des Hessenkasse-Gesetzes unter Berücksichtigung der o.g. Ausnahmeregelungen anzunehmen. Darüber hinaus verpflichtet sich die Stadt Rüsselsheim am Main, ab dem Haushaltsjahr 2023 die aufgelaufenen Kassenkredite abzubauen und die Tilgungsleistungen aus dem liquiditätswirksamen Überschuss des Ergebnishaushaltes in voller Höhe zu finanzieren.
- 2. Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse umgehend zu fassen, wenn sich abzeichnet, dass die Zielerreichung gemäß Ziffer 1 nicht erreicht werden kann.
- 3. dass der Magistrat beauftragt wird, den Antrag auf Teilnahme an der Hessenkasse zu stellen.
- 4. dass der Beschluss unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens ausstehender gesetzlicher Regelungen steht.
- 5. dass der Magistrat beauftragt wird, den Entschuldungsvertrag auszuarbeiten und die Ablösevereinbarung mit der WI-Bank zu schließen.

6. dass die Stadtverordnetenversammlung über das laufende Verfahren informiert wird.

TOP 17 Neufassung der Gebührensatzung und Festlegung der Öffnungszeiten für die Bäder der Stadt Rüsselsheim am Main DS-Nr. 297/16-21

Zur DS 297/16-21 liegt der beigefügte Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 12.03.2018 vor.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 12.03.2018:

Der Änderungsantrag:

"In der Gebührensatzung § 3 (Ermäßigung von Gebühren) wird der Satzteil "wehrpflichtige Mannschaftsdienstgrade der Bundeswehr" gestrichen."

wird mit 31 Nein-Stimmen bei 8 Ja-Stimmen und 3 Stimm-Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung über die DS 297/16-21:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 297/16-21 – Neufassung der Gebührensatzung und Festlegung der Öffnungszeiten für die Bäder der Stadt Rüsselsheim am Main – mit 36 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 18 Antrag der CDU-Fraktion - Einführung eines Terminvergabesystems in den Bürgerbüros

Es liegt der beigefügte Antrag der CDU-Fraktion vom 08.02.2018 vor.

Nach eingehender Diskussion wird der beigefügte Antrag der CDU-Fraktion **einstimmig** an den Magistrat und die zuständigen Fachausschüsse zur weiteren Bearbeitung <u>verwiesen.</u>

TOP 19 Antrag der Fraktion WsR - Unterkunft und Übernachtungsheim für Obdachlose in Rüsselsheim

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion WsR vom 07.02.2018 vor.

Herr Stadtv. Walczuch teilt für die Antrag stellende Fraktion mit, dass der Antrag in einen Prüfantrag umgewandelt und an den Magistrat verwiesen werden soll.

Der beigefügte Antrag der Fraktion WsR wird als Prüfantrag einstimmig an den Magistrat und die zuständigen Fachausschüsse zur weiteren Bearbeitung verwiesen.

TOP 20 Antrag der CDU-Fraktion - Gründung einer AG - Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung zur direkten Beschlussfassung am 22. März 2018

Es liegt der beigefügte Antrag der CDU-Fraktion vom 13.02.2018 vor.

<u>Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 13.02.2018 – Gründung einer AG – Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung:</u>

Der Antrag:

- "1. Es wird eine regelmäßig nichtöffentlich tagende Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung eingerichtet.
- 2. Die Arbeitsgruppe dient der Vorbereitung der politischen Gremiensitzungen.
- 3. Die Arbeitsgruppe besteht aus dem Oberbürgermeister, dem/den zuständigen Dezernenten für Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung und Planung, je zwei Vertretern der Fraktionen (Fraktionslose dürfen teilnehmen), zuständigen Mitarbeitern der Verwaltung, je zwei Vertretern des Gewerbevereins sowie des Treffpunkt Innenstadt, den Geschäftsführern der Gewobau, des GPR sowie der Stadtwerke, einem Vertreter der Hochschule Rhein-Main.
- Die Arbeitsgruppe tagt unter dem Vorsitz eines qualifizierten, externen Moderators. Die Kosten sind aus dem Etat der Wirtschaftsförderung zu tragen.
- 5. Über die Sitzungen der Arbeitsgruppe sind Protokolle anzufertigen, die allen Stadtverordneten als nichtöffentlich zugänglich sind."

wird mit 26 Nein-Stimmen bei 18 Ja-Stimmen abgelehnt.

TOP 21 Antrag der CDU-Fraktion - Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Einzelhandelsentwicklung der Standorte Bischofsheim, Raunheim und Rüsselsheim

Es liegt der beigefügte Antrag der CDU-Fraktion vom 12.03.2018 vor.

Herr Weber erklärt für die Antrag stellende Fraktion, dass diese einer Verweisung an den Magistrat zustimmen würde.

Nach eingehender Diskussion wird der beigefügte Antrag der CDU-Fraktion einstimmig (28 Ja-Stimmen) bei 14 Stimm-Enthaltungen an den Magistrat und die zuständigen Fachausschüsse zur weiteren Bearbeitung verwiesen.

TOP 22 Antrag der CDU-Fraktion - Änderung der Darstellung der Einzelkontenübersicht in zukünftigen Haushaltsplänen

Es liegt der beigefügte Antrag der CDU-Fraktion vom 20.02.2018 vor.

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt mit, dass der vorliegende Antrag bereits erledigt ist mit dem HH-Antrag Nr. 76 und in der Arbeitsgruppe "Weiterentwicklung des Produkthaushaltes" behandelt wird.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird auf Grund dieses Sachverhaltes nicht behandelt.

TOP 23 Antrag der Fraktion WsR - Ausgabe von Kies auf dem Waldfriedhof

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion WsR vom 13.03.2018 vor.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion WsR vom 13.03.2018:

Der Antrag:

- "1. Die Kiesausgabe erfolgt wöchentlich.
- Sollte es zu Fällen von Kiesmissbrauch kommen (z. B. Wegebau, Anlage von "Hochgräbern" und Ähnliches), sind diese durch die Mitarbeiter des Friedhofes zu kontrollieren und gegebenenfalls zu unterbinden."

wird mit 27 Ja-Stimmen bei 16 Nein-Stimmen und 2 Stimm-Enthaltungen beschlossen.

TOP 24 Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität - Überprüfung Budgetvereinbarung AöR

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität vom 13.03.2018 vor.

Abstimmung über den Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität:

Der Antrag

- "a) Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim stellt fest, dass durch die Drucksache 255/16-21 die Frage der Berechtigung des Ausgabebudgets der AöR für das Jahr 2016 (Zahlungen von 9,319 Millionen Euro aus dem Haushalt der Stadt Rüsselsheim) nicht geklärt wurde.
- b) Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim fordert die gemäß Budgetvereinbarung §1 (4) nach Abschluss des zweiten Wirtschaftsjahres vereinbarte "Überprüfung der Budgetvereinbarung hinsichtlich der Höhe der Kostenerstattung" unmittelbar einzuleiten. Dafür können die von Seiten der städtischen Verwaltung beteiligten Bereiche wie Rechnungsprüfungsamt und Kämmerei auch externen Sachverstand hinzuziehen."

wird mit 27 Ja-Stimmen bei 16 Nein-Stimmen und 2 Stimm-Enthaltungen beschlossen.

TOP 25 Anfrage der Fraktion WsR gem. § 21 Abs. 2 der GO der StV - Zwischenbericht zur Bearbeitung von Anträgen

Es liegt die beigefügte Anfrage der Fraktion WsR vom 02.02.2018 vor.

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt mit, dass eine Antwort des Magistrates hierzu in Arbeit ist.

Auf Nachfrage von Herrn Stadtv. Walczuch sagt er einen Zwischenbericht für die nächste Ausschussrunde zu.

TOP 26 Erstellung eines Pflegekonzeptes für städtische Grünanlagen Bezug: Antrag Nr. 5 der SPD-Fraktion vom 06.10.2016 DS-Nr. 302/16-21

Auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses nimmt die Stadtverordnetenversammlung die DS 302/16-21 – Erstellung eines Pflegekonzeptes für städtische Grünanlagen; Bezug: Antrag Nr. 5 der SPD-Fraktion vom 06.10.16 – als Zwischenbericht zur Kenntnis.

TOP 27 Anfragen und Mitteilungen

Herr Stadtv. Walczuch teilt mit, das der Aufzug am Bahnhof noch immer defekt ist.

Her Oberbürgermeister Bauscht antwortet, dass der Aufzug an der Nordseite defekt ist, der Aufzug an der Südseite ist intakt.

Eine Reparatur des nordseitigen defekten Aufzuges wurde von der Deutschen Bahn für die 10. Kalenderwoche zugesagt, jedoch nicht durchgeführt. Auf nochmalige Nachfrage seitens der Stadt Rüsselsheim wurde eine Reparatur in den nächsten Tagen zugesagt.



Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim Herr Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode Rathaus 65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, 6. März 2018

Antrag zur Verweisung

Betrifft: Aktionsplan Schultoiletten

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN stellt folgenden Antrag:

'Der Magistrat stellt in allen Rüsselsheimer Schulen fest, wie der Zustand der Toilettenanlagen ist. Er legt der Stadtverordnetenversammlung ein Konzept zur Beratung und Beschlussfassung vor, in dem die festgestellten Mängel aufgeführt sind zusammen mit einem priorisierten Plan, der aufzeigt, wie alle Toilettenanlagen in einen ordentlichen Zustand versetzt werden können.'

Begründung:

Das Problem Schultoiletten taucht immer wieder auf, wird von Kindern und Jugendlichen beim Zusammentreffen mit Politik im Rathaus thematisiert, es gibt Beschwerden von Eltern aber auch aus den Schulen selbst. Um eine vernünftige Sanierungsabfolge auf den Weg zu bringen ist es notwendig, den Status quo zu erfassen und einen Plan zur Beseitigung von Mängeln zu erarbeiten.

Maria Schmitz-Henkes

chia Sote belos

Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Die Linke / Liste Solidarität Fraktionsbüro 314 Marktplatz 4 65428 Rüsselsheim





12.03.2018

Tel. Heinz-Jürgen Krug, 06142-561445 E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de

An das Büro der Stadtverordnetenversammlung z.Hd. Fr. Breunig

Änderungsantrag zur DS 297/16-21 - Gebührensatzung Bäder

Beschluss:

In der Gebührensatzung §3 (Ermäßigung von Gebühren) wird der Satzteil ", wehrpflichtige Mannschaftsdienstgrade der Bundeswehr" gestrichen.

Begründung:

Die Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimer finanzieren die Bundeswehr und ihre Kriegsführungsfähigkeit jedes Jahr mit etwa 31 Millionen Euro, d.h. pro Rüsselsheimerinnen bzw. Rüsselsheimer mit nahezu 500 Euro – und dies mit rasant steigender Tendenz. Angesichts dieser Tatsachen sieht die Stadtverordnetenversammlung der "City for Peace" Rüsselsheim keinen Grund für eine zusätzliche Subventionierung dieser Institution auf Kosten des kommunalen Haushalts.

Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität

Heinz-Jürgen Krug



An den Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode Marktplatz 4 65424 Rüsselsheim



Fraktion der CDU in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim am Main

Michael Ohlert Fraktionsvorsitzender Rathaus / Marktplatz 4 65428 Rüsselsheim Telefon: 06142/61717

Geschäftsführer: Matthias Metz matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de

fraktion@cdu-russelsheim.de www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim, 08.02.2018

Antrag zur Beschlussfassung am 22. März 2018

Antrag:

- Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einführung eines Terminvergabesystems in den Bürgerbüros. Diese Terminvereinbarung soll online auf der Homepage der Stadt Rüsselsheim, sowie unter der Behördennummer 115 möglich sein.
- 2. Der Magistrat wird damit beauftragt Selbstbedienungsterminals in den Stadtbüros einzusetzen. Diese sollen die für die Beantragung eines deutschen Ausweisdokumentes notwendigen biometrischen Daten wie Foto, Unterschrift und Fingerabdrücke bereits vor der Antragstellung erfassen und digitalisieren.
- 3. Der Magistrat wird beauftragt die Einführung eines Schnellschalters in den Stadtbüros zu prüfen. An diesem sollen Auskunftserteilung, Aushändigung von Formularen uvm., was eine kurze Bearbeitungszeit in Betracht zieht möglich sein.
- 4. Zur kurzfristigen Entlastung werden 3 Mitarbeiter aus der Inneren Verwaltung zusätzlich in den Stadtbüros eingesetzt. Nach Umsetzung der Maßnahmen aus den Punkten 1 bis 3 wird der Personalbedarf überprüft und angepasst.

Begründung:

Unbestritten ist die derzeitige Situation in den Stadtbüros weder für Mitarbeiter noch für Bürger zufriedenstellend. Durch die Einführung eines Terminvergabesystems können lange Wartezeiten für die Bürger vermieden und Arbeitsspitzen für die Mitarbeiter vermieden werden.

Mit Hilfe des Selbstbedienungsterminals können die für die Beantragung eines deutschen Ausweisdokumentes notwendigen biometrischen Daten wie Foto, Unterschrift und Fingerabdrücke bereits vor der Antragstellung erfasst und digitalisiert werden. Das Foto wird nicht mehr ausgedruckt, sondern digital in das Fachverfahren übertragen. Dort stehen die erfassten Daten anschließend dem Sachbearbeiter für die Antragstellung zur Verfügung.



Durch die Nutzung eines Selbstbedienungsterminals haben die Bürger den Vorteil, dass die Antragstellung beim Sachbearbeiter weniger Zeit in Anspruch nimmt und Sie selbst, wie die Mitarbeiter somit geringeren Zeitaufwand haben.

Die Nutzung einer Terminvergabe wird seit vielen Jahren z.B. in der Stadt Frankfurt mit großem Erfolg durchgeführt. Ebenso ist die Nutzung des Selbstbedienungsterminals an einem Standort in Frankfurt so erfolgreich, dass es auf weitere Bürgerbüros ausgedehnt werden soll.

Die Einführung eines Schnellschalters für Vorgänge, die tatsächlich nur wenige Minuten dauern, kann für diese Kunden der Bürgerbüros eine lange Wartezeit hinter Kunden mit langwierigeren Vorgängen vermieden werden. Hier kommen z.B. die Abholung von Ausweisdokumenten in Frage.

Michael Ohlert

Hichael Oblet



WsR-Fraktion Marktplatz 4 65428 Rüsselsheim am Main

Telefon:

0157 383 62 115

E-Mail:

fraktion@wirsindruesselsheim.de



Rüsselsheim am Main, den 07.02.2018

Antrag nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim zur Beschlussfassung in der Sitzung am 22.03.2018

Unterkunft und Übernachtungsheim für Obdachlose in Rüsselsheim

Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Kreis Groß-Gerau zu prüfen, ob die Gemeinschaftsunterkunft am ehemaligen Stadionbad in Zukunft dem Diakonischen Werk zur Unterbringung von Obdachlosen zur Verfügung gestellt werden kann.

Begründung:

Die derzeitige Unterbringung an der Kläranlage ist für die Stadt Rüsselsheim beschämend und der Zustand der Container entspricht keinerlei zeitgemäßen Standards. Außerdem ist abzusehen, dass bei der steigenden Wohnungsnot gerade im Rhein-Main-Gebiet, die vorhandenen Kapazitäten für Obdachlose bei weitem nicht mehr ausreichen werden.

Im Gegensatz hierzu ist die Zahl der Flüchtlinge, denen es überhaupt noch möglich ist, Deutschland zu erreichen, massiv gesunken.

Es ist abzusehen, dass die Kapazitäten, die in Rüsselsheim aufgebaut wurden, in diesem Ausmaß in Zukunft nicht mehr benötigt werden. Zudem war eine alternative soziale Nutzung der Gebäude von Beginn an Bestandteil der Planung und könnte an dieser Stelle zuerst stattfinden.

Wir sehen sowohl den Kreis, als auch die Stadt Rüsselsheim in der Pflicht, hier schnelle und unbürokratische Hilfe zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen







An den Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode Marktplatz 4 65424 Rüsselsheim Fraktion der CDU in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim am Main

Michael Ohlert Fraktionsvorsitzender Rathaus / Marktplatz 4 65428 Rüsselsheim Telefon: 06142/61717

Geschäftsführer: Matthias Metz matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de

fraktion@cdu-russelsheim.de www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim, 13.02.2018

Gründung einer AG – Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung zur direkten Beschlussfassung am 22. März 2018

Antrag:

- 1. Es wird eine regelmäßig nichtöffentlich tagende Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung eingerichtet.
- 2. Die Arbeitsgruppe dient der Vorbereitung der politischen Gremiensitzungen.
- 3. Die Arbeitsgruppe besteht aus dem Oberbürgermeister, dem/den zuständigen Dezernenten für Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung und Planung, je zwei Vertretern der Fraktionen (fraktionslose dürfen Teilnehmen), zuständigen Mitarbeitern der Verwaltung, je zwei Vertretern des Gewerbevereins sowie des Treffpunkt Innenstadt, den Geschäftsführern der Gewobau, des GPR sowie der Stadtwerke, einem Vertreter der Hochschule Rhein-Main.
- 4. Die Arbeitsgruppe tagt unter dem Vorsitz eines qualifizierten, externen Moderators. Die Kosten sind aus dem Etat der Wirtschafsförderung zu tragen.
- 5. Über die Sitzungen der Arbeitsgruppe sind Protokolle anzufertigen, die allen Stadtverordneten als nichtöffentlich zugänglich sind.

Begründung:

Ein regelmäßiger gemeinsamer Austausch der genannten Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft soll eine konstruktive Vorbereitung von strategischen politischen Entscheidungen für die Stadtentwicklung ermöglichen.

Michael Ohlert CDU Fraktion

Hisael Oblet





An den Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode Marktplatz 4 65428 Rüsselsheim Fraktion der CDU in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim am Main

Michael Ohlert Fraktionsvorsitzender Rathaus / Marktplatz 4 65428 Rüsselsheim Telefon: 06142/61717

Geschäftsführer: Matthias Metz matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de

fraktion@cdu-russelsheim.de www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim, 12.03.2018

Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Einzelhandelsentwicklung der Standorte Bischofsheim, Raunheim und Rüsselsheim

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- Der Magistrat teilt dem Kreisausschuss in einer schriftlichen Stellungnahme mit, dass die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim die grundlegende ablehnende Haltung des Magistrates zur Veränderungen am "Mainkaufzentrum" Raunheim nicht mitträgt.
- Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Magistrat Raunheim und dem Gemeindevorstand Bischofsheim Kontakt aufzunehmen, um die Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Einzelhandelsentwicklung der Standorte Bischofsheim, Raunheim und Rüsselsheim bei besonderer Berücksichtigung des Opel-Altwerkes für die drei Kommunen voranzutreiben.
- 3. Die Nassauische Heimstätte wird über das Programm "Stadtumbau Hessen" damit beauftragt, das Projekt zu begleiten.
- 4. Es ist zu prüfen, welche Fördermittel durch das Land Hessen zur Verfügung stehen.
- Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, eine gemeinsame Stadtverordnetenversammlung der drei Kommunen vorzubereiten, in dem die Bürgermeister gemeinsam mit der Nassauischen Heimstätte das grundsätzliche Projekt vorstellen.



Begründung:

Die Kommunen Bischofsheim, Raunheim und Rüsselsheim haben schon heute fließende Übergänge an den Stadtgrenzen und wachsen auch in Zukunft enger zusammen. Besonders im Einzelhandel gibt es mit dem Fachmarktzentrum am Ortsrand Bischofsheim sowie mit dem Mainkaufzentrum in Raunheim schon heute großflächigen Einzelhandel, der von den Bürgerinnen und Bürgern nicht als die Kommunen voneinander trennend wahrgenommen wird. Zukünftige Einzelhandelsplanung kann nicht als Insellösung einer einzelnen Kommune betrachtet werden.

Michael Ohlert CDU Fraktion

Hichael Oblet



An den Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode Marktplatz 4 65424 Rüsselsheim Fraktion der CDU in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim am Main

Michael Ohlert Fraktionsvorsitzender Rathaus / Marktplatz 4 65428 Rüsselsheim Telefon: 06142/61717

Geschäftsführer: Matthias Metz matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de

fraktion@cdu-russelsheim.de www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim, 20.02.2018

Änderung der Darstellung der Einzelkontenübersicht in zukünftigen Haushaltsplänen

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Systematik der Einzelkontenübersicht für zukünftige Haushaltspläne erweitert wird. Es ist der aktuelle Buchungsstand zum 30. Juni des Vorjahres sowie eine Vorausrechnung zum 31.Dezember nach der dargestellten Systematik aufzuzeigen.

| Position | Konto | Bezeichnung | Ansatz 2019 | Ansatz 2018 | Stand 30.06.2018 | Vorausrechnung 31.12.2018 | Ergebnis 2017 |
|----------|-------|-------------|----------------|----------------|------------------|------------------------------|------------------|
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

Begründung:

In den Hinweisen zur Ausführung des Paragraphen 60 GemHVO wird darauf hingewiesen, dass "Ergänzungen der Muster zur Verbesserung der Aussagefähigkeit zulässig sind". Die Darstellung des Halbjahresergebnisses sowie die Vorausrechnung zum Jahresende lassen eine bessere Planung zu.

Michael Ohlert CDU Fraktion

Hichael Oblet

WsR-Fraktion





Marktplatz 4 65428 Rüsselsheim am Main

0157 383 62 115

E-Mail:

fraktion@wirsindruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, den 13.03.2018

Antrag nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 22.03.18.

Ausgabe von Kies auf dem Waldfriedhof

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Die Kiesausgabe erfolgt wöchentlich.
- 2. Sollte es zu Fällen von Kiesmissbrauch kommen (z.B. Wegebau, Anlage von "Hochgräbern" und Ähnliches), sind diese durch die Mitarbeiter des Friedhofes zu kontrollieren und gegebenenfalls zu unterbinden.

Begründung:

Die Benutzung von Kies ist für viele Bürgerinnen und Bürger ein wichtiger Bestandteil der Grabpflege. Sie trägt zu einem sauberen und ordentlichen Gesamtbild des Waldfriedhofes bei.

Es ist nicht nachvollziehbar, wie die missbräuchliche Verwendung des Kieses, durch die schlichte Reduzierung der Abgabezeiten bekämpft werden soll.

Mit freundlichen Grüßen

Jadi-Waland











Rüsselsheim, 13.3.2018

Büro Stadtverordnetenversammlung Marktplatz 4 65428 Rüsselsheim

Antrag zur Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung am 22.3.2018: Überprüfung Budgetvereinbarung AöR

- a) Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim stellt fest, dass durch die Drucksache 255/16-21 die Frage der Berechtigung des Ausgangsbudgets der AöR für das Jahr 2016 (Zahlungen von 9,319 Millionen Euro aus dem Haushalt der Stadt Rüsselsheim) nicht geklärt wurde.
- b) Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim fordert die gemäß Budgetvereinbarung §1 (4) nach Abschluss des zweiten Wirtschaftsjahres vereinbarte "Überprüfung der Budgetvereinbarung hinsichtlich der Höhe der Kostenerstattung" unmittelbar einzuleiten. Dafür können die von Seiten der städtischen Verwaltung beteiligten Bereiche wie Rechnungsprüfungsamt und Kämmerei auch externen Sachverstand hinzuziehen.

Begründung

Im Laufe der Diskussion zur DS 255/16-21 und dem Besuch einer Delegation des HuFA bei der AöR ergaben sich insbesondere Zweifel an den gegebenen Begründungen für die Kostenerstattung für die Mietzahlung sowie die Höhe der Reduktionen für die weggefallenen Aufgaben von Werkstätten und Gärtnerei. Auch deshalb ist es wichtig schnellstmöglich Klarheit über die Höhe der Kostenerstattung für die nächsten Jahre herbeizuführen.

Sanaa Boukayeo SPD-Fraktionsvorsitzende Maria Schmitz-Henkes Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

chia Octo belos

Karl-Heinz Schneckenberger Fraktionsvorsitzender Die Linke/Liste Solidarität WsR-Fraktion Marktplatz 4 65428 Rüsselsheim am Main

Telefon:

0157 383 62 115

E-Mail:

fraktion@wirsindruesselsheim.de



Rüsselsheim am Main, den 02.02.2018

Anfrage nach §21(2) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Zwischenberichte zur Bearbeitung von Anträgen zur Beantwortung in der Stadtverordnetenversammlung am 22.02.18

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, die WsR Fraktion erwartet in der Stadtverordnetenversammlung am 22.02.18 einen Zwischenbericht des zuständigen Dezernenten zu folgenden Anträgen:

I.

Antrag zum Haushalt 2017 Antrag Nr. 41

Beschlossen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am **12.12.2016** bzw. der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2016.

Kostenstelle 020211500 (Ordnungsangelegenheiten) Antrag der Fraktionen SPD, WsR:

- Der Stellenplan wird um zwei Stellen erweitert. Die Stellen Werden erst frei gegeben, wenn ein entsprechendes Einsatzkonzept der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt wurde.
- 2. Die Einsätze der Stadtpolizei konzentrieren sich auf die Innenstadt.
- Ein Konzept zum Einsatzplan wird soweit noch nicht geschehen erstellt und den Stadtverordneten vorgelegt.
- 4. Ein detaillierter Tätigkeitsbericht wird in einem regelmäßigen Turnus von einem Jahr der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis und Überprüfung vorgelegt.





Beschluss:

Bei 3 Gegenstimmen mit der Mehrheit der Ja-Stimmen zugestimmt.

II.

Antrag der Fraktion WsR - Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in der Rüsselsheimer Innenstadt

Beschlossen in der Stadtverordnetenversammlung am 3.11.2016

Darstellung des Gesamtbeschlusses in der Niederschrift:

1. Der Magistrat wird beauftragt Konzepte zu den nachstehenden Schwerpunkten zu erstellen:

Sicherheit und Sicherheitsempfinden

Zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Rüsselsheimer Innenstadt ist die Sicherheit bzw. das subjektive Sicherheitsempfinden zu steigern.

Das Konzept soll daher u.a. folgende Aspekte beinhalten:

- a) Gemeinsame und regelmäßige Fußstreifen sowohl der staatlichen Polizei und der Stadtpolizei in der Innenstadt, insbesondere in den Abendstunden von 18:00 Uhr bis 24:00 Uhr.
- b) Prüfen der Einrichtung eines Stützpunkts der Stadtpolizei (z. B. in einem leer stehenden Ladenlokal) als dauerhafte sichtbare Präsenz der Stadtpolizei in der Innenstadt sowie als Anlaufstelle für BürgerInnen.
- c) Die bisherige Arbeit der Gemeindesozialarbeit "Streetwork" auf dem Gemeindeplatz ist gemeinsam mit dem damaligen Träger sowie der städtischen Verwaltung objektiv zu evaluieren und die Wiedereinführung ggf. mit verbessertenMaßnahmen und Ausweitung des Aktionsradius auf die gesamte Innenstadt zu prüfen. Die Kosten hierfür sind darzustellen.

Sauberkeit

Nachweislich führt mangelnde Sauberkeit einer Innenstadt zu einer allgemein negativen Wahrnehmung und mindert das Wohlfühlen bzw. das Sicherheitsempfinden.

Das Konzept soll daher u.a. folgende Aspekte beinhalten:

a) Die Leistungserbringung des Städteservice Raunheim/Rüsselsheim ist zu überprüfen. Ein verbessertes Reinigungskonzept für die Innenstadt ist vorzulegen.





- b) Die Müllsammelbehältnisse sind auf Anzahl, Volumen und Standorte zu überprüfen und ggf. auszutauschen.
- c) Mit dem Treffpunkt Innenstadt und dem Stadtmarketing ist die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich abzustimmen, um für eine "Saubere Innenstadt" zu werben.

Innerstädtischer Verkehr

Die Zunahme von Regelverletzungen im Bereich des ruhenden und nichtruhenden Verkehrs erzeugt aktuell ein Bild eines rechtsfreien Raums und der Hilflosigkeit der Ordnungsbehörden.

Das Konzept soll daher u.a. folgende Aspekte beinhalten:

- a) Maßnahmen zur Einhaltung von Geschwindigkeitsbegrenzungen sowie konsequenter Sanktionierung bei Überschreitung (insbesondere in den Abendstunden)
- b) Konsequente Sanktionierung von regelwidrigem Parkieren, inkl. der kostenpflichtigen Entfernung des KFZs.

Für alle Konzepte und deren mögliche Umsetzung sind soweit es möglich ist Kosten und Einnahmen abzuschätzen sowie Ansätze für eine positive Öffentlichkeits-arbeit zu entwickeln. Geschäftstreibende, Anwohner sowie relevante Vereine und Verbände sind in die Konzepterstellung mit einzubeziehen.

- 2. Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit der Polizei den Einsatz von regelmäßigen Fußstreifen in der Innenstadt, insbesondere in den Abendstunden von 18.00 Uhr bis 24.00 Uhr zu prüfen und die zusätzlichen Kosten hierfür darzustellen.
- 3. Der Magistrat wird beauftragt, die bisherigen Versuche die Situation auf dem Gemeindeplatz durch "Streetwork" zu bereinigen zu evaluieren und verbesserte Maßnahmen vorzuschlagen. Hierbei ist auch ein Alkoholverbot in der Öffentlichkeit in Teilen der Innenstadt zu prüfen. Die Kosten hierfür sind darzustellen.





4. Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Städteservice Raunheim-Rüsselsheim ein verbessertes Reinigungskonzept für die Innenstadt vorzulegen. Neben einer häufigeren Straßenreinigung soll hierbei auch die Leerung der Mülleimer optimiert werden. Die Kosten hierfür sind darzustellen.

Mit freundlichen Grüßen



